

Einleitung

.....

.....
„Dem Vaterlande zieh' ich Rosen vor ...“
(Fernando Pessoa)
.....

.....
„Mit derselben professionellen Gewissenhaftigkeit wusch ich
die schmutzige Wäsche meiner Familie und die Deutschlands.“
(Beate Klarsfeld)
.....

Björn Höcke kann sich das Grinsen kaum verkneifen. Am 1. September 2024 steht der Thüringer AfD-Chef in einem überfüllten Lokal in Erfurt vor Parteifreundinnen und Anhängern und hält inne. „Abschieben, abschieben, abschieben“, brüllt die Menge. Zuvor wurde bereits die Melodie von *L'Amour Toujours* angestimmt, die seit dem Vorfall auf Sylt im Mai 2024 ein Erkennungszeichen der rechtsextremen Szene ist. Alle wissen: Wer bei der Wahlparty einer 30-Prozent-Partei verschmitzt „döp dö dö döp“ mitgrölt, würde am liebsten laut „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ singen. Höcke stört sich daran nicht, im Gegenteil. Er feiert den bislang größten Erfolg seiner politischen Laufbahn: Auf den Tag genau 85 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges gewinnt in Deutschland zum ersten Mal eine rechtsextreme Partei eine Landtagswahl. Für Höcke ein „historischer Sieg“.

Er hat recht. Die AfD hat an diesem Tag nicht einfach nur den Wahlsieg eingefahren. Sie hat es sogar geschafft, im Erfurter Landtag mehr als ein Drittel aller Sitze zu bekommen, die sogenannte Sperrminorität. Das heißt: Alle Entscheidungen, die der Landtag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit treffen muss, kann die AfD ab sofort blockieren oder die anderen Parteien erpressen. Die Partei wird regieren, ohne an der Regierung zu sein. Ein unglaublicher Triumph, der dem rechtsextremen Landesverband die Möglichkeit bietet, die Wahl von Verfassungsrichter:innen zu blockieren, bei der Besetzung hunderter Richter- und Staatsanwaltsposten mitzureden oder Einfluss auf die Kontrolle des Verfassungsschutzes zu nehmen.

Diese Wahl wird Deutschland verändern. Wie genau, ist noch nicht absehbar. Aber die Folgen sind schon jetzt zu spüren – in Form von Worten, Gewaltandrohungen, Schlägen, Blicken, Stickern, Gesetzesentwürfen oder Social-Media-Posts. Sie treffen besonders jene, die nicht dem völkischen Abziehbild entsprechen: die anders lieben und begehren als die heterosexuelle Norm, die andere politische Ansichten vertreten, die sich der Erinnerungs-Auslöschung widersetzen, die sich tagtäglich für eine starke Zivilgesellschaft einsetzen. Sie wissen: Angestachelt vom Wahlerfolg ihres parlamentarischen Arms wird die Neue Rechte nicht aufhören, zu jagen, zu hetzen, zu verfolgen, zu verhöhnen.

Der 1. September 2024 ist nicht der Anfang des Aufstiegs radikaler Rechtspopulisten und Extremisten in Deutschland. Aber er markiert möglicherweise ein Ende: Ein Ende der Hoffnung, die AfD ließe sich schon klein kriegen. Ein Ende der Verharmlosung ihrer Positionen als Protest „besorgter

Bürger“. Und ein Ende der Möglichkeit, sie politisch und gesellschaftlich zu ignorieren. Es scheint fast unausweichlich: Früher oder später wird die AfD regieren. Zumindest auf Landesebene. Die Frage ist: Wie konnte es so weit kommen? Was hat die Partei vor? Und was steht uns bevor, wenn sie politische Verantwortung übernimmt?

Als die AfD gegründet wurde, ging ich selbst noch zur Schule. Ich erinnere mich vage daran, im Sozialwissenschaftsunterricht über eine neue „Protest-Partei“ gegen den Euro zu sprechen. Als sich der rechtsextreme Flügel formierte und kurz darauf Parteigründer Bernd Lucke aus seinem Amt jagte, feierte ich gerade mein Abitur. Es war der Sommer der Migration: Hunderttausende Menschen kamen 2015 nach Deutschland, während die Regierung von Angela Merkel dem Süden Europas eine rigorose Sparpolitik aufzwang, die zahlreiche Menschen den Job und einige das Leben kostete. Befeuert von den Pegida-Protesten und einer Welle der Empörung nach der Kölner Silvesternacht wurde die Partei im folgenden Jahr nicht nur größer, sondern auch immer extremer. Ein Jahr später – ich hatte mich gerade an der Universität eingeschrieben – stimmte Großbritannien für den Brexit und Donald Trump gewann zum ersten Mal die US-Wahl. Ich saß vor dem Fernseher und wusste: Die Welt ist aus den Fugen geraten. Viereinhalb Jahre später veröffentlichte ich als Praktikant meinen ersten Artikel über die Neue Rechte in Deutschland. Kurz darauf ermordete ein Rechtsterrorist in Hanau elf Menschen – und Deutschland feierte Karneval, als sei nichts passiert. Es folgten: Die Corona-Pandemie, das Ende der Merkel-Ära, die russische Großinvasion der Ukraine, steigende Lebensmittelpreise, die

Beobachtung der AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz und schließlich Massenproteste gegen Rechtsextremismus in Deutschland. Das alles hat der AfD nicht geschadet, sondern sie geradezu beflügelt.

Sie muss ihre Radikalität nicht mehr verstecken – und das bekommen seit Jahren all jene zu spüren, die von der AfD und ihren Anhänger:innen zur Zielscheibe erklärt werden. Auch Einschüchterungsversuche gegen Journalist:innen, die über die AfD berichten, sind inzwischen keine Ausnahme mehr: Die Zahl der körperlichen Angriffe auf Medienschaffende steigt seit Jahren an. Inzwischen sind es dreimal so viele wie noch zwischen 2015 und 2019. Ich selbst bekam im Herbst 2022 meine ersten Drohbriefe. Inzwischen vermeiden Lokaljournalist:innen in bestimmten Regionen aus Angst vor Gewalt die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen. Betroffene berichten von eingeschmissenen Fensterscheiben, zerstörten Autoreifen oder unverhohlenen Drohbriefen.

Diese Gewalt entsteht nicht in einem Vakuum. Laut einer Studie der Universität Bielefeld billigt fast ein Viertel der AfD-Wählenden politische Gewalt. Über die Hälfte der befragten AfD-Anhängerschaft sieht sie als Grauzone. Eine *Correctiv*-Recherche aus dem April 2024 zeigt, dass die AfD in ihren Reihen zahlreiche Mandatsträger:innen duldet, die mit körperlicher, verbaler oder indirekter Gewalt aufgefallen sind. Laut Bundesamt für Verfassungsschutz nimmt das rechtsextreme Personenpotenzial in Deutschland seit Jahren zu – genau wie die Zahlen rechtsextremer Übergriffe. Allein im Jahr 2023 zählte die Behörde 25.660 rechtsextremistische Straftaten. Das sind im Schnitt mehr als 70 pro Tag. Im ersten Halbjahr 2024

registrierte die Polizei deutschlandweit 519 Übergriffe auf Flüchtlinge und Asylbewerber:innen.

Die Gewalt prägt längst auch die Kommunalpolitik: Im Oktober 2024 kündigte Neubrandenburgs parteiloser Oberbürgermeister Silvio Witt seinen Rückzug an. Er wurde immer wieder von Rechtspopulist:innen wegen seiner Homosexualität angefeindet. Kurz vor seinem Rücktritt verbot der Stadtrat mit Stimmen der AfD und des BSW, eine Regenbogenflagge am Rathaus zu hissen – nachdem sie zuvor mehrfach geklaut und sogar durch eine Hakenkreuz-Flagge ersetzt wurde. In einem Interview mit der *FAZ* sagte Witt:

.....
„Insbesondere im kommunalen Bereich heißt es doch oft, AfD-Vertreter seien auch gewählt und normale Menschen, mit denen könne man doch verhandeln. Nein! Die stellen unseren Staat infrage. Die stellen meine Lebensweise infrage, das, was Artikel eins des Grundgesetzes schützt, die Unantastbarkeit der Menschenwürde.“
.....

Das Erstarken der AfD beflügelt die Gewaltbereitschaft ihres Vorfelds, das wiederum der Partei den Weg bereitet. Die Anti-Demokraten sind auf dem Vormarsch – innerhalb und außerhalb des Parlaments. Ihre Gewaltbereitschaft ist altbekannt, doch ihre politischen Methoden gleichen nicht denen des 20. Jahrhunderts. Der radikale Rechtspopulismus des 21. Jahrhunderts putscht sich nicht durch einen Staatsstreich an die Macht. Er nutzt die Schwächen der Demokratie, befeuert ihre Probleme und höhlt sie schließlich von innen heraus aus. Schritt für Schritt.

Wie genau das passiert, ist inzwischen relativ gut dokumentiert. Darum geht es in diesem Buch. Es soll einen einfachen Zugang in die Weltsicht, Strategien und Pläne radikaler Rechtspopulist:innen bieten. Oftmals geht es dabei um die AfD, zuweilen auch um ihre ideologischen Vorbilder und Partner in den USA, Italien, Frankreich, den Niederlanden, Ungarn, Polen oder Israel. Dort lässt sich teilweise schon heute sehen, wie eine Regierungsbeteiligung radikaler Rechtspopulist:innen in Deutschland aussehen könnte. Denn die Neue Rechte mag nationalistische Töne anstimmen, aber sie ist international bestens vernetzt. Ihre Parteien und Politiker:innen treffen sich, tauschen sich aus, unterstützen sich im Wahlkampf und entwickeln Best-Practice-Vorgehensweisen, die sich an jeden nationalen Kontext anpassen lassen. Nur wer ihre Vorgehensweise kennt und ihre Argumente entlarven kann, ist gewappnet für die politische und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, die uns in den kommenden Jahrzehnten in Deutschland und der Welt bevorsteht.

Freunde der Sonne: Was ist Populismus?

.....

.....
„Wir sind das Volk, wer seid ihr?“
(Recep Tayyip Erdoğan)
.....

Am 12. Februar 2024 teilt die Autorin und Wissenschaftsjournalistin Mai Thi Nguyen-Kim auf der Plattform X ein Selfie vor dem Bundestag. Dazu kündigt sie an: „*Statement*. Morgen 07:00“. Während der Corona-Pandemie wurde Nguyen-Kim mit ihren wissenschaftlichen Erklärvideos als „maiLab“ einem Millionenpublikum bekannt. Jetzt scheint sie etwas Neues vorzuhaben. Aber was genau? „Nicht noch eine Partei bitte“, kommentiert der *Spiegel*-Journalist Marius Mestermann. Erst kurz zuvor hatte sich das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) gegründet.

Am folgenden Morgen lädt Nguyen-Kim auf ihrem YouTube-Kanal ihr Statement hoch. In 8 Minuten und 47 Sekunden deutet sie tatsächlich an, in die Politik gehen zu wollen. Der Grund: Sie mache sich „Sorgen um die Zukunft unseres Landes“. „Wir können nicht einfach so weitermachen wie bisher“, sagt sie mit ernster Miene. Grober Populismus bekomme heutzutage mehr Aufmerksamkeit als sachliche Inhalte. Nguyen-Kim fordert von der Regierung, dagegenzuhalten, „mit Selbstbewusstsein und Vertrauen in uns, die vernünfti-

ge Mehrheit.“ Aber was soll das alles heißen? „Wie sagt man so schön: Wenn du willst, dass es gut wird, musst du es halt selbst machen“, sagt sie. Nach ihrem Appell an die „vernünftige Mehrheit“ gibt Nguyen-Kim zu, dass sie über keinerlei Erfahrung im politischen Betrieb verfüge. Aber manchmal sei es eben „gar nicht so verkehrt, einen festgefahrenen Betrieb mit einem Außenseiter-Blick aufzuwirbeln“. Wie genau sie die Politik aufwirbeln will, verrät sie nicht. Nguyen-Kim tröstet die Zuschauenden mit einem Verweis auf zukünftige Statements. Doch die vage Ankündigung reicht aus, um ein mittelgroßes mediales Beben auszulösen.

Innerhalb kurzer Zeit sehen mehr als eine Millionen Menschen das Video. „Mai Thi Nguyen-Kim will in Politik“ titelt die *taz*, die *Berliner Zeitung* ruft eine Revolution der „Wagenknecht der Wissenschaft“ aus. In den sozialen Netzwerken fragen sich viele: Gründet Nguyen-Kim wirklich eine eigene Partei? Tritt sie bei den Europawahlen an? Wen hat sie um sich gesammelt? „Falls das der Beginn einer neuen politischen Bewegung sein sollte, wäre ich erstmals bereit, in eine Partei einzutreten“, kommentiert jemand unter ihrem Video.

Die nächste Überraschung folgt einige Tage später, in der Ausgabe ihrer ZDFneo-Show. Der Titel der Sendung: „So werden wir von der Politik ver*rscht“. Eigentlich ideale Vorzeichen für weitere Aufregung. Doch anstatt eine Parteigründung zu verkünden oder die Wissenschaftsrevolution der Politik auszurufen, verrät Nguyen-Kim: Ihr Statement war ein Trick. Alles bloß Show, eine kalkulierte Inszenierung. Teil eines Experiments, mit dem die Journalistin ihrem Publikum zeigen will, wie anfällig wir alle für Populismus sind. Schließ-

lich habe sie sich selbst rhetorischer Tricks aus dem Werkzeugkasten der Populist:innen bedient. Zum Beispiel, indem sie die Existenz einer „vernünftigen Mehrheit“ behauptete, die unzufrieden mit der aktuellen Politik sei und von der Regierung ignoriert werde. Oder, indem sie verkündete, als Außenseiterin die Politik aufmischen zu wollen, weil die Regierenden eben jener vernünftigen Mehrheit nicht zuhören.

Der Trick geht auf, die Sendung ist in aller Munde – und hinterlässt dennoch Fragen. Ja, Nguyen-Kim spricht von einer „vernünftigen Mehrheit“, deren Bedürfnisse die Regierung angeblich ignoriere. Ja, sie verwendet Zuspitzungen und argumentative Tricks, mit denen auch Populist:innen ihre Programme bekleiden. Ja, sie präsentiert sich als Außenseiterin, die den Politikbetrieb aufmischen will – ein Bild, das trotz aller Fakten auch Politiker wie Donald Trump oder Jair Bolsonaro bemühen. Aber reicht das, um als populistisch zu gelten? Ab wann ist ein Statement populistisch? Qualifiziert die Verwendung sogenannter Strohmännchen-Argumente schon für das Populismus-Etikett? Was ist Populismus überhaupt, ein Stilmittel oder ein politisches Programm? Eine rhetorische Strategie von Politiker:innen mit autoritären Ambitionen? Eine soziale Bewegung der abstiegsbedrohten Mittelschicht? Oder eine Verfallserscheinung der liberalen Demokratie in Zeiten multipler Krisen?

Die Antwort lautet, wie so oft: Es kommt darauf an, wen man fragt. Die einen setzen den Populismus-Begriff mit faschistischer Ideologie gleich, die anderen sehen ihn als Ausweis von Volksnähe und einer einfachen Forderung: Mehr Mitsprache für das einfache Volk in einer repräsentativen De-

mokratie, in der die Eliten sich vom Durchschnittsmensch entfernt haben. In diesem Fall klingt das Label gar nicht so schlecht. Das findet auch Robert Sesselmann. „Ich freue mich, wenn einer zu mir sagt, du bist Populist“, sagte der AfD-Landrat 2018 einem Südthüringer Regionalsender. Auch Claus Weselsky, Ex-Chef der Lokführergewerkschaft GDL, erklärte im Juli 2024 der *Zeit*: „Ich bin populistisch“. Seine Begründung: „Populismus ist die Fähigkeit, viele zu begeistern.“ Und das sei ja erst einmal nichts Negatives.

Weselsky ist mit seiner Auffassung nicht allein. Oft heißt es, Populist:innen seien charismatische Politiker:innen, die Menschen emotional aufpeitschen: „Volksverführer:innen“. Oder sie überzeugten die Bevölkerung, indem sie einfache Lösungen für komplexe Probleme anbieten. Aber das ist zu kurz gegriffen. Wer bloß emotionalisierte Politiker:innen und simple Lösungsversprechen sucht, muss nicht bei radikalen Rechtspopulist:innen schauen. Ein offenes Ohr bei Parteitage reden jeder anderen demokratischen Partei genügt. Wäre das Anpreisen einfacher Lösungen für komplizierte Sachverhalte hinreichend, um jemanden als Populist:in abzustempeln, so würde selbst Olaf Scholz dazu zählen.

Fakt ist: Populist:innen sind mehr als „große Vereinfacher:innen“ – und Populismus ist mehr als inszeniertes Außenseitertum, Forderungen nach mehr Bürgerbeteiligung oder das Schwadronieren über eine vermeintlich schweigende Mehrheit. Seit Mitte der 2010er Jahre bedroht der Populismus mit einer anti-pluralistischen Vision der Gesellschaft weltweit die liberale Demokratie. Und einmal an der Macht, entzaubern seine Vertreter:innen sich nicht etwa selbst – wie so oft